



# Zeltweger NACHRICHTEN

Ausgabe 126, Oktober 2022

Zeitung der **KPÖ ZELTWEG**

www.kpoe-steiermark.at

Informationsblatt der steirischen KPÖ.

## LKH Knittelfeld: Verschlechterungen dürfen nicht hingenommen werden!

Die Hiobsbotschaften aus dem LKH-Knittelfeld reißen nicht ab. Zuerst haben ÄrztInnen in einem Brief an die KAGES gewarnt, dass die Normalversorgung zusammenbrechen könnte. Eine Triage, also eine Auswahl, welche Patienten behandelt werden und welche nicht – könnte unumgänglich werden. Nun wurden 62 der 122 Betten und eine ganze medizinische Abteilung geschlossen.



**Die** Schließung der Chirurgie in Knittelfeld und später die Zusammenlegung der Krankenhäuser Judenburg,

Knittelfeld und Stolzalpe wurde der Bevölkerung als ‚zukunftsweisendes Projekt‘ verkauft. Nun wurde in Knittelfeld mehr als die Hälfte der Betten gesperrt. Die interne medizinische Abteilung auf der Stolzalpe wurde zuvor schon geschlossen.

**Der** Knittelfelder Bürgermeister Harald Bergmann hat mit Vertretern der KAGES zu einem „Krisengipfel“ eingeladen (zu dem die KPÖ nicht eingeladen war). Laut Medienberichten soll die internistische Ambulanz weiterhin rund um die Uhr geöffnet sein, mittlerweile wurden aber bereits Ambulanz-PatientInnen in andere Spitäler geschickt. Es werde intensiv nach Personal gesucht. Solche Treffen sollen nun zweimal im Jahr stattfinden.

**KPÖ-**Gemeinderat Peter Lorberau hat vorgeschlagen eine bereits in Knittelfeld beschlossene Resolution, die Standortgarantien für das LKH einfordert, zu unterstützen. Die nebenstehenden wichtigen Forderungen wurden einstimmig beschlossen.

### Der Zeltweger Gemeinderat hat auf Antrag von SPÖ und KPÖ einstimmig folgende Forderungen an das Land beschlossen:

1. Dauerhafter Erhalt der Abteilung innere Medizin inkl. ambulanter Versorgung am LKH Knittelfeld.
2. Sofortige Umsetzung von Maßnahmen, um den Personalengpass zu verringern, den akuten Versorgungsengpass zu beseitigen und die Abteilung innere Medizin wieder auf die zuvor vorhandene und auch notwendige Bettenanzahl aufzustocken.
3. Sofortige Umsetzung von Maßnahmen die zur Schaffung eines besseren Betriebsklimas und somit zu besseren Arbeitsbedingungen für alle MitarbeiterInnen führen.
4. Durchführung einer anonymen, unabhängigen Bedienstetenbefragung. Ziel dieser Befragung soll es sein, ohne arbeitsrechtlichen Druck Missstände identifizieren und Lösungsvorschläge/Ideen der direkt Betroffenen zu generieren.
5. Erarbeitung von Lösungen, die dem LKH und den MitarbeiterInnen eine Zukunftsperspektive geben. Unbedingt in die Überlegungen einfließen sollten neue, zukunftsfrüchtige Abteilungen wie zB. eine Geriatrie- oder Demenzabteilung deren Notwendigkeit ständig wächst und die dem LKH Knittelfeld die notwendige Zukunftsperspektive geben können.
6. Einarbeitung des langfristigen Erhalts des LKH Knittelfeld in den neuen steirischen regionalen Strukturplan Gesundheit.

# PREISE RUNTER, LÖHNE RAUF!

**KPÖ**

**Fortsetzung** ↻

**Diese** Bettenschließung ist eine sehr gefährliche Entwicklung für Knittelfeld. Es gibt den Gesundheitsplan der ÖVP/SPÖ-Landesregierung und der sieht bis 2035 nur jeweils ein Leitspital in den einzelnen Regionen und weitere Bettenreduzierungen vor. Außerdem gibt es die EU-Vorgaben zur Deckelung der Gesundheitsausgaben, die auch die österreichische Regierung umgesetzt hat. Die Gesundheitsversorgung wurde in

den letzten Jahren bereits massiv ausgedünnt.

**Ärzte- und Personal-**  
**mangel ist****ein Versagen der Politik**

**Der** Personal- und Ärztemangel ist nun der Vorwand um lange gehegte Kürzungs- und Schließungspläne umzusetzen. Die Warnungen vor dem drohenden Personalmangel gibt es schon seit vielen Jahren. Es wurde nichts getan um das zu verhindern.

**Der** vollständige Erhalt des LKH Knittelfeld ist wichtig für die Gesundheitsversorgung der ganzen Region – von Murau bis St. Lorenzen. Je zentraler die Spitäler desto länger die Anfahrtswege und die Belastungen für die Bevölkerung.

**Aus Corona**  
**nichts gelernt?**

**Die** Corona Pandemie hat gezeigt wie wichtig jedes einzelne Spitalsbett ist. MedizinerInnen betonen, dass es in Österreich relativ wenige Corona-Tote gegeben hat weil wir im internationalen Vergleich bei den Spitalsbetten noch besser aufgestellt sind. So eine Krise kann jederzeit wieder kommen. Außerdem gibt es in unserer Region zahlreiche Groß-

veranstaltungen bei denen größere Unfälle und Katastrophen jederzeit möglich sind. Dabei wäre es fahrlässig die Bettenanzahl zu reduzieren.

**Resolution mit**  
**Leben erfüllen**

**Es** ist gut, dass die Resolution einstimmig beschlossen wurde. Nun ist es aber wichtig, dass sie nicht nur ein Stück Papier bleibt. Wir haben vorgeschlagen alle Gemeinden aufzufordern diese Resolution zu beschließen und damit den politischen Druck zu erhöhen. Sollte das Land nicht bereit sein die Forderungen zu erfüllen braucht es einen politischen Kampf über alle Parteigrenzen hinweg für den vollständigen Erhalt des LKH-Knittelfeld.



## Woher kommt der Druck im Gesundheitssystem zu kürzen?

Mit der „Gesundheitsreform 2013“ wurde die Deckelung der Ausgaben für das Gesundheitssystem beschlossen. Das Wachstum der Gesundheitsausgaben wurde an das Wachstum des BIP (Bruttoinlandsprodukt) gekoppelt. Das bedeutet die Gesundheitspolitik darf sich nicht mehr an den Bedürfnissen der Menschen, sondern muss sich am Wirtschaftswachstum orientieren.

**Das** ist absurd und menschenverachtend. Sind Menschen in Zeiten eines sinkenden BIP, oder gar einer Rezession weniger krank? Bund und Länder haben beschlossen, dass ein „Deckel“ für die Gesundheitsausgaben eingezogen wird um die Ausgaben zu senken. Hinter diesem Vorhaben stehen Kürzungen in Milliardenhöhe, Krankenhausschließungen, Bettenabbau und schlechtere medizinische Versorgung.

**EU-Vorgaben wurden**  
**umgesetzt**

**Mit** dieser „Deckelung“ wurden EU-Vorgaben umgesetzt. Jahr für Jahr fordert die EU-Kommission von Österreich

Kürzungen im Gesundheitsbereich. Die Corona-Krise hat gezeigt, dass die „Deckelung“ der Gesundheitsausgaben völlig verantwortungslos ist. Diese Kürzungspolitik ist aber keine zufällige Fehlentwicklung, sondern eine bewusste Weichenstellung in Richtung Privatisierung.

**Es geht um**  
**Privatisierung**

**Das** öffentliche Gesundheitswesen wird ausgedünnt. Ziel ist es, die Milliarden der Gesundheitsausgaben in Richtung private Betreiber umzuleiten. Auch in Österreich steigt die Anzahl der Privatkrankenkäuser und Wahlärz-

tInnen. Die „Zwei-Klassen-Medizin“ ist längst Realität. Warnendes Beispiel sind die USA. Dort gibt es das teuerste Gesundheitssystem der Welt, das vorwiegend privatisiert ist und vielen Menschen nur eine völlig unzureichende Versorgung bietet.

**Der** Fortschritt in der Medizin hat neue Behandlungsmethoden für Krankheiten hervorgebracht, die früher nicht geheilt oder behandelt werden konnten. Das ist gut so und sollte uns auch etwas wert sein. Gesundheit ist eines unserer wichtigsten Güter. Nur eine gute Gesundheitsversorgung in öffentlicher Hand er-

möglicht allen den Zugang zur besten medizinischen Versorgung.

**Nachsatz:** In vielen Ländern werden die Militärausgaben erhöht. In Deutschland wurde ein 100 Milliarden Euro Aufrüstungspaket beschlossen. In Österreich wurde ein zehn Milliarden Euro schwerer Rüstungs-Sonderfonds und eine massive Anhebung des Heeresbudget gefordert. Für Dinge die töten sind die Regierungen bereit immer mehr Geld auszugeben. Bei den Gesundheitsausgaben, die dazu dienen Leben zu retten, wurde EU-weit eine Deckelung eingeführt.

Liebe Zeltweggerinnen und Zeltwegger!

## Es braucht hohe Lohnerhöhungen – damit die Menschen nicht zu Bittstellern werden!

**Gemeinden, Land und Bund haben einige Maßnahmen gegen die hohe Teuerung gesetzt. Aber das sind nur Tropfen auf den heißen Stein. Wesentlich wird sein, dass die Lohn- und Gehaltserhöhungen im Herbst hoch ausfallen. Die arbeitenden Menschen müssen deutlich mehr im Geldtascherl haben – und natürlich müssen auch die Pensionen entsprechend angehoben werden.**

Es muss eine deutliche Prozentsteigerung geben. Die fatale Praxis von Einmalzahlungen ist nur eine kurzfristige Hilfe, und Einmalzahlungen haben vor allem keine Auswirkungen auf die Einkommen der Folgejahre.

Seit Beginn der Achtziger-Jahre sind die Löhne und Gehälter der unselbständig Beschäftigten ständig gesunken. Die Lohnquote, das ist der Anteil von Löhnen und Gehältern am Gesamteinkommen ist kontinuierlich gefallen. Dem gegenüber sind die Einkommen aus Gewinnen und Vermögen laufend gestiegen.

In den letzten 20 Jahren ist die Produktivität in Österreich um rund 40 Prozent gestiegen. Die Menschen machen immer mehr an Arbeit und bekommen dafür immer weniger Geld – und die Reichen werden immer reicher.

Das reichste 1 % verfügt in Österreich über rund 40 % des gesamten Nettovermögens, während die ärmeren 50 % der österreichischen Haushalte gemeinsam gerade einmal 2,5 % besitzen. Dabei wird ein großer Teil der Vermögen nicht durch eigene Leistung erworben, sondern (steuerfrei) geerbt.

Hohe Löhne und Gehälter sind nicht nur eine Frage der sozialen Gerechtigkeit - es geht auch um die Finanzierung unseres Sozialsystems.

Hohe Einkommen bedeuten auch höhere Einzahlungen in die Pensions- und Sozialversicherungskassen und damit werden auch die Pensionen, das Gesundheitswesen, das Kranken- oder das Arbeitslosengeld besser abgesichert. Deshalb ist es auch völlig falsch die sogenannten Lohnnebenkosten zu senken. Denn diese sind in Wahrheit Bestandteil der Löhne und Gehälter und tragen ebenfalls zur Finanzierung unseres Sozialsystems bei.

Es braucht Löhne und Gehälter von denen man gut leben kann ohne ständig um Zuschüsse ansuchen zu müssen. Hier geht es um die Würde der Menschen, die nicht zu Bittstellern degradiert werden dürfen.

Höhere Einkommen bringen mehr an Kaufkraft und beleben damit auch die Wirtschaft. Es geht auch um die Absicherung einer sogenannte „Mittelschicht“, die den Löwenanteil an den Steuerzahlungen trägt. Es wird die Aufgabe der Gewerkschaften sein die arbeitenden Menschen gut zu vertreten. Die Herbstlohnrunder müssen nicht nur die Inflation abdecken, sondern müssen endlich auch zu realen Einkommenssteigerungen führen meint Ihr...

**...KPÖ-Gemeinderat Peter Lorberau**



**EINE ANDERE STEIERMARK IST MÖGLICH!**

**MACH MIT!**

03512 822 40  
knittelfeld@kpoe-steiermark.at

### Es ist an der Zeit: Nimm Dir ein Herz und werde KPÖ-Mitglied!

Die KPÖ Steiermark zeigt: Eine andere Politik ist möglich – mit Freundlichkeit, Solidarität und Widerstand! Damit es schon bald in vielen Orten in der ganzen Steiermark Wahlerfolge wie in Graz geben kann, brauchen wir auch Dich:

Der richtige Zeitpunkt, aktiv zu werden, ist jetzt.

Werde Mitglied der KPÖ und hilf tatkräftig mit, die soziale Alternative in der ganzen Steiermark weiter aufzubauen.

Schreib uns eine Mail oder ruf uns einfach an!

**Impressum:** Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld-Zeltweg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Josef Meszlenyi. Druck: Fa. Gutenberghaus



Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltschutzbundes, UW-Nr.744, 8720 Knittelfeld

## AUS DEM ZELTWEGER GEMEINDERAT

### Antrag Leerstand

**Die** Grüne Bürgerliste hat einen Antrag für eine Leerstandserhebung aller Zeltweger Wohnungen und Einfamilienhäuser eingebracht. Der Antrag wurde von der SPÖ-Mehrheit nicht auf die Tagesordnung aufgenommen. Um in Zukunft sinnvoll planen zu können wäre es wichtig darüber noch einmal nachzudenken. Knittelfeld hat bereits eine solche Erhebung gemacht, dabei wurde festgestellt das fast 1000 Wohnungen in der Stadt leerstehen.

### Schulgasse

**Für** den Bildungscampus wurde eine Begegnungszone und damit eine Höchstgeschwindigkeit von 20 km/h verordnet.

### Drucker Rathaus und Schulen

**Die** Multifunktionsdrucker der Gemeinde sind nach 10 Jahren zu ersetzen, weil das weitere Service nicht mehr garantiert werden kann. Es werden 25 Geräte von der Firma Compeco angemietet. Die Miete kostet die Gemeinde (inkl. Service) 861 Euro.

### Radverkehrskonzept

**In** Zusammenarbeit mit dem Land Steiermark wird ein Konzept umgesetzt um die Bedingungen für den Radverkehr zu verbessern. Das Projekt wird 10 Jahre laufen, für die Gemeinde fallen Kosten in der Höhe von 650.000 Euro an, die restlichen 1,16 Millionen werden vom Land Steiermark übernommen.

### Sitzungsplan

**Im** heurigen Jahr ist noch eine Sitzung des Gemeinderats geplant, in dieser Sitzung wird der Voranschlag für das Jahr 2023 diskutiert und beschlossen. Die Sitzung findet am **15. Dezember** statt. **Gemeinderatssitzungen sind öffentlich und können von allen interessierten BürgerInnen besucht werden.**

## Nachtragsvoranschlag zeigt: Gemeinden brauchen Hilfspaket

**Die Krise und die Inflation machen sich in den Budgets der Gemeinden bemerkbar. Insbesondere steigende Energiekosten führen dazu, dass der Schuldenstand der Gemeinde steigt.**

**Alleine** die Stromkosten werden sich deutlich auf das Budget auswirken. Im kommenden Jahr wird es zu weiteren empfindlichen Erhöhungen kommen. Die Stadtgemeinde sollte alle Möglichkeiten nützen um von den Entwicklungen an der Börse zumindest teilweise unabhängiger zu werden und alle möglichen Flächen für Photovoltaik zu nützen.

**Die** finanziellen Aussichten für die nächsten Jahre sind alles andere als rosig. Die Aufgaben der Gemeinden werden nicht weniger und darüber hinaus ist ihre Handlungsfähigkeit schon jetzt eingeschränkt. Steigende Preise, nicht nur bei der Energie, sowie erhöhte Zinssätze werden das noch verschlechtern.

**Dabei** muss gerade in der Krise die Gemeinde die Möglichkeit haben zu investieren, dafür braucht es ein nachhaltiges Hilfspaket.

**Während** die Wirtschaft immer lauter nach einem Hilfspaket ruft, ist von den Gemeinden viel zu wenig zu hören. Eine Forderung die man in letzter Zeit hört ist die nach einem Energiepreisdeckel für die Gemeinden. Das kann aber nur ein erster Schritt sein. Die Bundesregierung wird den Gemeinden auch nichts schenken, eher im Gegenteil.

**Die** Gemeinden müssen also in die Offensive gehen und ausreichend Mittel für ihre Aufgaben fordern. Diese dürfen aber nicht aus dem bestehenden Steuertopf kommen und somit die BürgerInnen weiter belasten. Es braucht Steuern auf die Übergewinne die durch die Krise entstanden sind, sowie Steuern auf Millionenerbschaften und Milliardenvermögen.

### Sprechstunde mit Sozialberatung

KPÖ-GR Josef Meszlenyi  
und DSA Karin Gruber

**08.11.2022**

KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld  
Friedensstraße 10, 9.30 bis 11.30 Uhr,  
Voranmeldung: 03512/ 82240

# KPÖ: Keine Preiserhöhung bei Wasser und Kanal!

In Knittelfeld hat der Gemeinderat die Aussetzung der Gebührenerhöhungen für das Jahr 2023 beschlossen. Das ist ein wichtiger Beschluss, um die Menschen nicht zusätzlich zu belasten.

## Gebührenerhöhungen

sollten sich nicht wie so oft am Index, sondern an den tatsächlichen Kosten orientieren und auch die soziale Lage muss betrachtet werden. In Zeiten in denen immer mehr Menschen ihre Rechnungen nicht bezahlen können kommen natürlich auch die Gemeinden unter Druck, es kann aber keine Lösung sein diesen Druck an die Menschen weiterzugeben.

**Der** Beschluss der Gebühren für 2023 steht in Zeltweg noch aus. Die KPÖ schlägt vor, angesichts der allgemeinen Preisentwicklung, im nächsten Jahr keine Erhöhung vorzunehmen.



## Hohe Energiekosten setzen Gemeinden unter Druck

**Auch für die Gemeinden sind die steigenden Energiekosten ein Problem. Im nächsten Jahr wird mit deutlichen Mehrausgaben gerechnet.**

**Die** Bundesregierung ist dringend gefordert, den Gemeinden bei den explodierenden Energiekosten unter die Arme zu greifen. Sonst haben wir sehr bald ein sehr großes Problem. Diese astronomischen Energiepreise kann langfristig keine Gemeinde selbst stemmen.



**Die** KPÖ regt an so viele Flächen wie möglich durch Photovoltaik zur Stromversorgung der Gemeinden zu nützen. So kann zumindest ein Teil der Mehrkosten verringert werden

**Gut** die Hälfte des Preisanstiegs bei Energie resultiert aus Spekulation. Zudem orientiert sich der Strompreis in der EU am Preis aus der Stromerzeugung aus Gaskraftwerken, während ein Großteil des Stroms in Österreich aus Wasser- und Windkraft gewonnen wird. Dieses System gehört dringend umgestellt.

**Energiekonzerne** verdienen gerade eine goldene Nase. Preistreiberi und Spekulation sind kein Naturgesetz, sondern wurden durch den Privatisierungs- und Liberalisierungswahn der Regierungen ermöglicht. Diese Fehlentwicklungen können auch wieder rückgängig gemacht werden wenn es genügend Druck gibt.

### KOMMENTAR

**KPÖ**  
im Landtag



## Wer denkt an die Kinder?

**B**eim wöchentlichen Einkauf müssen viele an ihre finanziellen Grenzen gehen. Alleinerziehende trifft die Teuerung besonders hart. Schon vor der rasanten Inflation war in der Steiermark ein Drittel von ihnen armutsgefährdet. Bis zu 15.000 Familien müssen jeden Cent zweimal umdrehen, um ihren Kindern nur das Nötigste bieten zu können.

Die Landesregierung tut viel zu wenig, um zu helfen. Immerhin weiß man seit Jahren, dass sie massiv von Armut bedroht sind. Über Jahre hat die KPÖ Vorschläge gemacht, um Kinderarmut zu bekämpfen – keinen davon haben ÖVP und SPÖ angenommen. Erst im Jänner hat Soziallandesrätin Kampus meinen Vorschlag abgelehnt, Alleinerzieher:innen gerade jetzt mit einer kleinen Summe zu unterstützen.

Wollen wir in einem Land leben, wo Kinder im Sommer nicht ins Freibad können, weil es zuviel kostet? Wo sie nicht am Schulausflug teilnehmen können, weil das Geld fehlt? Wo Kinder abends hungrig ins Bett gehen müssen? Wenn auf der einen Seite Vermögen von Superreichen in die Höhe schießen und es auf der anderen Seite immer mehr arme Kinder gibt, muss sich etwas ändern. Davon bin ich überzeugt – und dafür werde ich mich weiter einsetzen.

**CLAUDIA KLIMENT-WEITHALER**

**Tel.:** 0316 – 877-5104

**E-Mail:** ltk-kpoe@stmk.gv.at

**Sprechstunden:**

Wir bitten um Terminvereinbarung per Mail oder Telefon.

# TEUERUNG – WELCHE HILFEN GIBT ES?



## FAMILIENBEIHILFE

**Wer:** alle Bezieher:innen von Familienbeihilfe

**Wieviel:** einmalige Sonderzahlung von **180 Euro**

**Wann:** ist bereits im **August 2022** erfolgt

## FAMILIENBONUS

**Wer:** alle Bezieher:innen von Familienbeihilfe

**Wieviel:** Erhöhung von 1.750 Euro auf **2000 Euro** jährlich für Kinder bis zum 18. Geburtstag und Erhöhung von 575 Euro auf **600 Euro** jährlich für Studierende bis zum vollendeten 24. Lebensjahr

**Wann:** **automatisch** über die **Lohnverrechnung** oder sonst über die **Arbeitnehmer:innenveranlagung 2023**

## STEIERSMARKBONUS

**Wer:** alle Haushalte, die im Mai 2022 Wohnunterstützung bezogen haben sowie alle Haushalte, die im Winter 2021/2022 Heizkostenzuschuss bezogen haben.

**Wieviel:** **300 Euro** pro Haushalt

**Wann:** Auszahlung im Juli gestartet, bis **September 2022**

## EINMALZAHLUNG bei kleineren und mittleren Pensionen:

**Wer:** Bezieher:innen von Pensionen zwischen 1.030,49 und 2.250 Euro brutto

**Wieviel:** **bis zu höchstens 500 Euro**

**Wann:** erfolgt im **September 2022**

## TEUERUNGS AUSGLEICH

**Wer:** Bezieher:innen von Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Sozialunterstützung, Ausgleichszulage, Reha- und Krankengeld über einen längeren Zeitraum, Umschulungsgeld, Übergangsgeld, Wiedereingliederungsgeld, Hilfe zur Deckung des Lebensunterhalts

**Wieviel:** **300 Euro**

**Wann:** erfolgt im **September 2022**

## KLIMA-UND TEUERUNGSBONUS (SEPTEMBER 2022)

Alle volljährigen Personen mit Hauptwohnsitz 2022 in Österreich für mindestens 6 Monate erhalten den **Klimabonus**

**Wieviel:** **250 Euro**

Alle volljährigen Personen mit Hauptwohnsitz 2022 in Österreich für mindestens 6 Monate erhalten den **Teuerungsbonus**

**Wieviel:** **250 Euro**

Jedes Kind mit Hauptwohnsitz in Österreich erhält zusätzlich **250 Euro**

## ENERGIEKOSTENAUSGLEICH

**Was:** **150 Euro** Gutschein für Ihren Energielieferanten.

**Wie:** Formulare/Gutscheine wurden im Mai an alle Haushalte geschickt. Rücksendung bis 31. Oktober 2022. Falls der Gutschein in der Post verloren gegangen ist, kann er unter oesterreich.gv.at bzw. Tel. 050 233 798 neu angefordert werden. Sie brauchen Ihre Kundennummer bei Ihrem Stromanbieter. Gutschrift erfolgt bei der nächsten **Jahres- oder Schlussabrechnung**.

## Einmalzahlung für PensionistInnen:

### Höhe folgt keiner Logik

Nur wer eine Pension in der Höhe von 1200 bis 1800 Euro brutto bezieht hat die volle Einmalzahlung von 500 Euro bekommen.

**Darunter** und darüber ist die Höhe abgestuft. PensionistInnen die 2.000 Euro Pension bekommen, haben immerhin noch 300 Euro ausbezahlt bekommen. BezieherInnen kleiner Pensionen von 700 Euro allerdings nur 99 Euro.

**Gerade** Menschen, die unter 1200 Euro Pension bekommen hätten eine Auszahlung in voller Höhe gut gebrauchen können. Sie trifft die Teuerung am härtesten, geht doch ein großer Teil ihrer Pensionen für Fixkosten drauf

**Frauen** sind am stärksten von niedrigen Pensionen betroffen. Durch ohnehin geringeren Lohn, Teilzeit, Kinderbetreuungszeiten und die Pflege von Angehörigen sind ihre Pensionen im Durchschnitt deutlich niedriger als die von Männern. Hier wäre es dringend notwendig zu helfen, dass man die ärmsten PensionistInnen nun aber bei der Einmalzahlung benachteiligt ist unlogisch.

**Einmalzahlungen** sind eine kurzfristige Erleichterung, sie sind aber bald verbraucht und darum nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Es braucht dringend deutlich höhere Pensionserhöhungen.

**Die Preise steigen.**  
~~steigen.~~  
**WERDEN ERHÖHT!**

**KPO**

# Für ein Ende der gescheiterten Sanktionspolitik!

Der Angriff Russlands auf die Ukraine, der von der KPÖ in aller Deutlichkeit verurteilt wird, wurde von den USA und der EU mit umfangreichen „Sanktionen“ beantwortet. Auch Österreich beteiligt sich daran.

**Russland** solle laut der deutschen Außenministerin Annalena Baerbock „ruiniert“ werden. In den Medien liest man von einem Wirtschaftskrieg. Das Bestreben, Russland zu ruinieren führt jedoch zu massiven sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen in Europa und weltweit: Inflation, Lieferkettenunterbrechungen, beschleunigte Verbreitung von Armut, Exportstopps. Die Kosten dafür tragen die Bevölkerungen aller Länder.



## Sanktionen beenden den Krieg nicht

Was den Krieg in der Ukraine betrifft, sind die Sanktionen wirkungslos geblieben. Allerdings haben sich die Preise in Europa,

vor allem für Energie und Treibstoff, drastisch erhöht. Gewinner dabei sind die Energiekonzerne, die ihre Profite vervielfachen, während für Millionen Haushalte Heizen zum Luxus werden könnte.

**Profitiert** wird auch in Ländern wie den USA und den Golfstaaten, zu denen die europäischen Regierungen als Bittsteller kommen, um teures Gas zu kaufen, das durch die Gewinnung über Fracking bzw. den Transport mit Tankschiffen einen deutlichen größeren Klimafußabdruck hat.



## Klimaschutz ist kein Thema mehr

**Aber** das Klima wird in diesem „Wirtschaftskrieg“ gegen Russland ebenso vergessen, wie die Grundbedürfnisse der eigenen Bevölkerung: Auch Kohlekraftwerke sollen die Gasausfälle ersetzen.

**Währenddessen** hat Russland andere Absatzmärkte für seine Produkte gefunden. Länder wie Indien China und die Türkei kaufen günstig russisches Öl und Gas. Damit werden wiederum Produkte produziert, die teuer nach Europa verkauft werden können, wie etwa indischer Diesel. Russland verdient außerdem, durch die von den Sanktionen mitverursachten Preiserhöhungen, deutlich mehr mit seinen Rohstoffen als vor dem Krieg.

## Hungerkatastrophen drohen

**Durch** die Sanktionen gegen Russland steigen die Preise für Lebensmittel an den Börsen, während in weiten Teilen der Welt eine Hungerkatastrophe droht und zugleich in Europa die Geldbörsen der Menschen immer leerer werden.



**Die** Menschen zahlen den Preis für einen Wirtschaftskrieg gegen Russland, der offensichtlich kein Weg zum Frieden ist. Weil Russland „ruiniert“ werden muss, wie es offizielle Stellen verkünden, werden den Menschen mitunter zweifelhafte Tipps zum Sparen gegeben. Mit welchem Ergebnis? Dass Konzerne und Spekulanten ihre Gewinne erhöhen, während der Krieg unvermindert weitergeht.

**Das** neutrale Österreich sollte sich überhaupt nicht an Wirtschaftskriegen beteiligen, sondern endlich für diplomatische Initiativen zur Beendigung des Krieges einsetzen. Davon hat man allerdings schon lange nichts mehr gehört.



**In** Österreich braucht es Maßnahmen gegen die Teuerung, dazu gehört ein Preisdeckel für Energie und Treibstoff, die Verstaatlichung der Energiekonzerne, die Abschöpfung der Übergewinne durch den Staat, höhere Löhne, **aber auch ein Ende der gescheiterten Sanktionspolitik.**

## Einladung zum KPÖ-Stammtisch

Reden, diskutieren, sich informieren  
Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat

KPÖ-Parteiheim, Knittelfeld  
Friedensstraße 10, ab 18.00 Uhr

[www.kpoe-steiermark.at](http://www.kpoe-steiermark.at)  
Die KPÖ-Murtal ist auch auf Facebook



# Geht's der Pflege gut, geht's uns allen gut!

**Wir fordern von der  
steirischen Landesregierung  
Maßnahmen gegen  
die Pflegekrise.**

Ausgebrannte Pflegekräfte in Krankenhäusern und Pflegeheimen, leerstehende Betten durch Personalmangel, fehlende Ausbildungsplätze: Die Corona-Pandemie hat die Pflege-Krise in der Steiermark dramatisch verschärft. Dass es dringend Lösungen braucht, wissen die Verantwortlichen in Landes- und Bundesregierung seit vielen Jahren – es fehlt jedoch an entschlossenen Taten!

Unsere Gesundheit und Pflege sind für uns als Bürger:innen, Pflegekräfte sowie Patient:innen von entscheidender Bedeutung. Darum fordern wir mit unserer Unterschrift die steirische Landesregierung dazu auf, folgende Maßnahmen umzusetzen:

1. **Aufstockung der Ausbildungsplätze für Pflegeberufe.**
2. **Verbesserung des Personalschlüssels in Spitälern und Pflegeheimen, für gute Arbeitsbedingungen und höhere Betreuungsqualität.**
3. **Finanzielle Absicherung für Personen in Pflegeausbildung, ähnlich der Polizei-Ausbildung.**
4. **Höhere Entlohnung für Pflegekräfte.**
5. **Verkürzung der Arbeitszeit mit dem Ziel einer 35-Stunden-Woche in der Pflege.**

Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Petition an die Stmk. Landesregierung gemäß § 110 Volksrechtegesetz.

Lfd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Unterschrift

Lfd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Unterschrift

Lfd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Unterschrift

**Unterschriften bitte schicken an: KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld oder in unserem Büro vorbeibringen, oder in den Postkasten werfen. Gerne schicken wir Ihnen auch Unterschriftenlisten zu. Tel.: 03512/82240**